

Resolution gegen Rechtsextremismus

Keinen Fußbreit den Rechtsextremisten in unserem Land – lokale und überregionale Initiativen stärken

Hier in Halbe liegen mehr als 28.000 Menschen begraben, Soldaten und Zivilisten, Deserteure, Opfer der sowjetischen Internierung im Lager Ketschendorf und ZwangsarbeiterInnen. Sie alle sind Opfer einer sinnlosen Kesselschlacht am Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie führen uns vor Augen, zu wie viel Leid und Tod eine menschenverachtende Ideologie führen kann.

Seit Jahren versuchen Nazis diesen Ort als Wallfahrtsort zu missbrauchen. Vergangenes Wochenende ist es uns gemeinsam mit mehr als 8000 DemokratInnen gelungen, den menschenverachtenden Naziaufmarsch erfolgreich zu verhindern. Gleichzeitig gelang es den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Seelow mit einem kurzfristig anberaumten Tag der Demokraten dem nach Seelow umgelegten Naziaufmarsch die Rote Karte zu zeigen. Den bundesweit angereisten Rechtsextremisten wurde von den Einwohnerinnen und Einwohnern des Kreises Märkisch Oderland eindeutig demonstriert: Nazis sind hier unerwünscht, immer und überall.

Die erfolgreichen Beispiele Seelow und Halbe zeigen: Jeder Tag muss ein Tag der Demokraten sein - überall in Brandenburg.

Wir BÜNDNISGRÜNEN fordern alle DemokratInnen auf, auch in Zukunft gemeinsam Farbe gegen den Rechtsextremismus zu bekennen und nicht wegzuschauen, wenn Nazis Plätze und Straßen, Räume und Köpfe erobern wollen. Wir dürfen dabei jedoch nie unsere demokratischen Grundsätze und Grundfreiheiten aufgeben. Stattdessen müssen wir unsere demokratischen Strukturen und Möglichkeiten stärken. Wir brauchen Raum für zivilgesellschaftliches Engagement und Teilhabe. Das bedeutet auch, dass wir den Mut haben müssen, schwierige gesellschaftliche Probleme offen anzusprechen und kontrovers zu diskutieren. Wir müssen unsere Zeit und unser Geld für die demokratische Erziehung und Bildung unserer Kinder und Jugendlichen einsetzen. Die Stärkung unserer Demokratie braucht unser aller Kraft, unser aller Einsatz und finanzielle staatliche Unterstützung!

Wir BÜNDNISGRÜNEN setzen uns dafür ein, dass

1. die demokratischen Initiativen gegen den Rechtsextremismus lokal und überregional gestärkt werden:

Neben den öffentlichen Protesten wie in Halbe, Potsdam oder Seelow oder dem jährlichen Gedenken an Antonio Amadeu in Eberswalde haben sich in den letzten Jahren zahlreiche lokale Gruppen und landesweite Initiativen gegen den Rechtsextremismus in Brandenburg etabliert. Ein Grundstein dafür war die finanzielle Unterstützung durch das von der rot-grünen Bundesregierung Ende 2000 unter dem Dach des „Bündnisses für Toleranz“ aufgelegte Aktionsprogramm „Jugend für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Damit begründete Rot-Grün einen Paradigmenwechsel in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus: An die Stelle akzeptierender Jugendarbeit trat die Stärkung demokratischer Gegenkräfte als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Neben lokalen Initiativen wurden überregionale Opferberatungsstellen, Mobile Beratungsteams und Netzwerkstellen finanziert. Diese Strukturprojekte bilden mit einem breiten Grundstock an Erfahrungen und Wissen im Umgang mit rechtsextremen Strukturen das Rückgrat der gesellschaftlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus.

Um die Arbeit dieser wichtigen Strukturprojekte auch nach Auslaufen des Programms zu sichern, üben wir in einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Kräfte Druck auf die schwarz-rote Bundesregierung aus, innerhalb des neu aufgelegten Programms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ auch die Struktur- und Langzeitprojekte weiter zu unterstützen. Ein erster Erfolg - aber eben nur ein Anfang - ist die Zusage der Bundesregierung, für 2007 für die Strukturprojekte fünf Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Da die Arbeit dieser Projekte auch in Zukunft langfristig angelegt sein muss, müssen nun alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um eine dauerhafte Finanzierung der Projekte zu garantieren.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung, die Arbeit der Mobilien Beratungsteams mit der strukturellen Einbindung in das „Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung - demos“ langfristig sicherstellt. Die Existenz der anderen zwei Programme steht jedoch weiterhin auf dem Spiel. Die Finanzierung des Vereins Opferperspektive ist lediglich für 2007 zugesagt. Für die Netzwerkstellen fehlt eine derartige Zielvereinbarung vollends.

Wir BÜNDNISGRÜNE werden mit allen demokratischen Mitteln zu verhindern versuchen, dass diesen beiden Strukturprojekten die finanzielle und politische Unterstützung entzogen wird oder diese gegeneinander ausgespielt werden! Wir werden den Druck auf Landes- und Bundesregierung aufrechterhalten und fordern von der Landesregierung, dass sie sich gegenüber der Bundesregierung für die langfristige Finanzierung der überregionalen Projekte stark macht. Sollte die Fortführung der Bundesfinanzierung nicht erreichbar sein, ist die Arbeit der Opferperspektive und der Netzwerkstellen auf Landesebene mit Zielvereinbarungen oder über alternative Finanzierungskonzepte, wie der Einrichtung einer Stiftung langfristig sicher zu stellen.

Wir Bündnisgrüne sind nicht der Auffassung, dass jeder der einmal rechtsextremistisch ist für immer rechtsextremistisch bleiben muss. Mitunter ist es nur ein Zufall in der Biographie, der dazu führt, dass ein Jugendlicher Mitglied einer rechtsextremistischen Gruppe wird. Wir sind nicht der Meinung, dass „Resozialisierungsprogramme“ für Rechtsradikale erst in der JVA beginnen. Wir wissen welcher gruppenspezifische Druck auf Aussteiger aus der rechtsextremistischen Szene wirkt, dass Aussteiger von ihren früheren „Kameraden“ mitunter schlimmer verfolgt werden als der politische Gegner. Wichtig ist es daher Ausstiegswilligen eine Ausstiegsperspektive aufzuzeigen und ihnen den Weg in ein ziviles Leben zu ermöglichen. Wir kritisieren deshalb die Streichung des Bundesprogramms „Exit“, das seit sechs Jahren Neonazis beim Ausstieg aus der Szene unterstützt und Selbsthilfegruppen für Eltern von Neonazis initiiert, als falsches Signal. Wir fordern die Landesregierung auf, nach dem Vorbild Sachsens bzw. Thüringens ein entsprechendes Landesprogramm

aufzulegen. Auch innerhalb des in Verantwortung der Landesregierung stehenden Strafvollzugs sind gezielt Aussteigerhilfen anzubieten.

2. Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus nicht verharmlost werden:

Rechtsextremismus ist trotz der erfolgreichen Arbeit von lokalen Initiativen weiterhin ein weitverbreitetes Phänomen in Brandenburg. In den ersten neun Monaten 2006 kam es in Brandenburg immer noch zu 58 rassistische Überfällen. In unserem Bundesland werden Woche für Woche Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder politischen Einstellung Opfer eines gewalttätigen menschenverachtenden Übergriffs. Die Zahl der Beleidigungen, Diskriminierungen im Alltag und anderer Formen der Verletzungen der Menschenwürde sind dabei noch nicht einmal erfasst. Jeder Übergriff verletzt Menschen nicht nur körperlich, sondern auch seelisch zutiefst und ist deshalb einer zuviel!

Die offiziell registrierten Gewalttaten sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Die rechte Szene versucht bewusst, ihr Gewaltpotential zu drosseln, um ihren strukturellen Einfluss zu stärken. Ein Anzeichen für diese strategische Neuausrichtung ist der Anstieg von Propagandadelikten (um knapp 25% im Vergleich zu 2004). Mit der gezielten Schändungen jüdischer Gedenktafeln greifen die Rechtsextremen verstärkt ihnen verhasste Symbole an, wie die jüngsten traurigen Beispiel in Cottbus und Frankfurt (Oder) zeigen.

Die Rechten gehören in Teilen Ostdeutschlands zudem längst zur politischen Normalität. NPD und DVU sitzen nicht nur in Kreistagen und im Landtag, sondern etablieren sich auch zu einer gesellschaftlich anerkannten Kraft, die erfolgreich Leerstellen in wirtschaftlich und kulturell schwachen Gebieten besetzt. Die NPD strebt mit der Gründung weiterer Kreisverbände und dem Aufbau eines Begegnungs-, Kultur- und Weiterbildungszentrum in Brandenburg eine systematische politische und gesellschaftliche Ausbreitung an, um bei den nächsten Wahlen gemeinsam mit der DVU noch stärker abzuschneiden.

Eine neue Studie der Universität Leipzig belegt: Rechtsextremistisches Gedankengut ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, im Osten wie im Westen. So traten ein Viertel (26 %) der Befragten für ein Einparteiensystem ein, mit einer Partei die „die Volksgemeinschaft insgesamt“ verkörpert. 43,8 % der befragten Ostdeutschen und 35,2 Prozent der Westdeutschen glauben, dass Ausländer „nur nach Deutschland kommen, um den Sozialstaat auszunehmen“. Die bei einem Viertel der Befragten diagnostizierte Ausländerfeindlichkeit wurde als „Einstiegsdroge in ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild“ diagnostiziert.

Hier muss unsere Gegenwehr ansetzen. Wenn die Innenminister von Bund und Ländern die Diskussion zum Bleiberecht für langjährig geduldete AusländerInnen unter dem Gesichtspunkt „Flucht in die sozialen Systeme“ führen, wenn Spitzenpolitiker so genannter christlicher Parteien mit dem Slogan „Kinder statt Inder“ oder Unterschriftensammlungen gegen ein vereinfachtes Einbürgerungsrecht starten ohne dass ihre Karriere wegen des hierin zutage tretenden völkischen Gedankenguts beendet ist, so zeigt dies auf, vor welcher Herkulesaufgabe wir stehen. Wir werden nicht vergessen, dass der brandenburgische CDU-Vorsitzende mit seinem Abstimmungsverhalten die Reform des Ausländerrechts im Bundesrat zu Fall gebracht hat und wir vergessen nicht, wie sein potentieller Nachfolger Sven Petke massiv gegen die Einbürgerung von AusländerInnen agitiert hat.

Wir BÜNDNISGRÜNE werden weiterhin aufzeigen und öffentlich machen, wenn ausländerfeindliches Gedankengut oder dessen Verharmlosung im Handeln der Landesregierung zum Ausdruck kommt.

Wir schweigen nicht, wenn die Rechtsextremisten ihre Basis in einzelnen Regionen unseres Landes und in Teilen der Jugendkulturen verfestigen.

Wir sehen nicht ruhig zu, wenn wir von „Angst-Räumen“ für Minderheiten in unserer Umwelt erfahren und wir widersprechen entschieden allen Versuchen brandenburgischer Politiker durch Kleinreden und Verschweigen vom wahren Ausmaß rechtsradikaler Bedrohung und Gewalt abzulenken.

Wir BÜNDNISGRÜNE fordern von der Landesregierung, dass sie die Entwicklungen der rechtsextremistischen Szene in Brandenburg intensiv verfolgt, die Gemeinden und Vereine in ihrer Arbeit gegen den Rechtsextremismus unterstützt und die Finanzierung von Strukturen demokratischer Jugendarbeit sicherstellt.

3. die Kommunen ihre Verantwortung im Kampf gegen den Rechtsextremismus übernehmen und dabei unterstützt werden:

Im Rahmen des neuen Bundesprogramms sollen ab 2007 nicht mehr zivilgesellschaftliche Träger und Initiativen direkt, sondern lokale Aktionspläne in kommunaler Verantwortung gefördert werden. Kommunal- und Stadtverwaltungen sind daher aufgefordert, Verantwortung im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu übernehmen und lokale Aktionspläne zu entwickeln, um die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte sicher zustellen. Auch wenn wir BÜNDNISGRÜNE diese Lösung nicht für den geeigneten Weg halten und wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Einengung des Förderkonzeptes auf die kommunale Trägerschaft von der Bundesregierung wieder zurückgenommen wird, werden wir uns in allen Kommunen, wo wir vertreten sind, dafür stark machen, dass die Verwaltungen sich nicht vor dieser wichtigen Aufgabe drücken. Wir werden insbesondere für Projekte in Regionen kämpfen, in denen das zivilgesellschaftliche Engagement besonders gefragt ist, weil dort die Verwaltungen die rechtsextreme Problematik nicht erkennen oder nicht wahrhaben wollen und Rechtsextreme im Gemeinderat versuchen, Aktionspläne zu boykottieren. Wir müssen verhindern, dass Regionen, in denen das zivile Engagement zwar besonders nötig, aber nicht mehrheitsfähig ist, von den Fördergeldern ausgeschlossen werden.

Wir BÜNDNISGRÜNE starten mit dieser Landesdelegiertenkonferenz eine Informationsoffensive, um die Kommunen und Kreise über die Einwerbung der Bundesmittel zu informieren, lokale Aktionspläne in allen Kreisen und in allen Kommunen, in denen wir vertreten sind, auf den Weg zu bringen und damit die Projekte gegen den Rechtsextremismus am Leben zu erhalten. Wir werden zudem einen intensiven Erfahrungsaustausch zwischen den KommunalpolitikerInnen organisieren, um so den Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in unserem Land auf eine breitere Basis zu stellen.

Lebendige und effektive demokratische Strukturen in den Kommunen, in denen Bürgerinnen und Bürger aktiv ihre Interessen vertreten und sich für ihre Region einsetzen, sind die beste Prävention gegen antidemokratische Tendenzen. Wir Bündnisgrüne werden daher in den Kreistagen, Stadt- und Gemeindeparlamenten, in denen wir vertreten sind, dafür sorgen, dass Kommunalpolitik transparent und bürgernah gestaltet wird. Die aktive Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen ist für uns ein wichtiges Ziel unserer Politik.